

INHALT

- | | |
|---|--|
| 48. Verwaltungsgerichtsbarkeit erster Instanz ab 1. Jänner 2014 – Besonderheiten des Abgabeverfahrens | 51. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Dezember 2013 |
| 49. Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverbände – Zusammenschluss zu einem gemeinsamen Verband | 52. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis Dezember 2013 |
| 50. Bezüge der Bürgermeister, Bürgermeister-Stellvertreter und Gemeinderäte ab 1. Jänner 2014 | Verbraucherpreisindex für Oktober 2013 (vorläufiges Ergebnis) |

Liebe Bürgermeisterinnen und Bürgermeister!

Werte Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter!

Ein arbeitsreiches Jahr geht zu Ende und wie immer laden die Tage und Wochen kurz vor Weihnachten und dem Jahreswechsel dazu ein, über die Ereignisse der vergangenen Monate ebenso wie über neue Pläne nachzudenken.

Für das Land Tirol und die Gemeinden fällt die Bilanz des Jahres 2013 durchaus positiv aus, denn der gemeinsame Einsatz für die Bürgerinnen und Bürger des Landes war in weiten Teilen erfolgreich. Zahlreiche Projekte haben zudem gezeigt, dass in unserem Land durch vorausschauendes Planen, vernünftiges Wirtschaften und die Bereitschaft zur Kooperation auch mit begrenzten finanziellen Budgets vieles bewegt werden kann!

Ich möchte mich an dieser Stelle auch für das große Interesse und die rege Teilnahme an den „Bürgermeisterinnen- und Bürgermeisterstammtischen“ bedanken, zu denen ich beuer die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in allen Bezirken eingeladen habe. Persönliche Kontakte und die direkte Kommunikation vor Ort sind mir sehr wichtig. Auch im kommenden Jahr soll es daher wieder einige themenbezogene Anlässe zum Informationsaustausch geben!

Ich wünsche Ihnen allen ein schönes Weihnachtsfest – hoffentlich verbunden mit einigen erbsamen freien Tagen – sowie ein erfolgreiches Jahr 2014!

Ihr
Landesrat Johannes Tratter

*Auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
der Abteilung Gemeindeangelegenheiten
wünschen allen Gemeindebediensteten,
den Gemeindefunktionärinnen und Gemeindefunktionären
sowie allen Leserinnen und Lesern besinnliche und erholsame
Weihnachtsfeiertage und alles Gute im neuen Jahr!*

48.

Verwaltungsgerichtsbarkeit erster Instanz ab 1. Jänner 2014 – Besonderheiten des Abgabeverfahrens

In den bisher ergangenen Informationen im Gegenstand (vgl. die entsprechenden Beiträge im Merkblatt für die Gemeinden Tirols der Monate April 2013, Juni 2013 und September 2013) wurde das Abgabeverfahren zwar thematisiert, eine nähere Befassung mit dessen Besonderheiten ist bis dato, nicht zuletzt auch aus Gründen der Übersichtlichkeit, jedoch unterblieben. Nicht zuletzt deswegen und auch angesichts der Bedeutung dieser Verfahren für die Gemeinden soll daher im Folgenden ein kurzer und auf das Wesentliche beschränkter Überblick über die von den gemeindlichen Abgabenbehörden ab dem 1. Jänner 2014 zu beachtenden verfahrensrechtlichen Besonderheiten im Abgabeverfahren gegeben werden:

I. Allgemeines:

Für das Abgabeverfahren gilt nicht das Verwaltungsgerichtsverfahrensgesetz, BGBl. I Nr. 33/2013, in der Fassung des Gesetzes BGBl. I Nr. 122/2013, sondern die Bundesabgabenordnung, BGBl. Nr. 194/1961, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 70/2013. Dies ergibt sich aus der – mit 1. Jänner 2014 in Kraft tretenden – Bestimmung des § 2a der Bundesabgabenordnung. Die für die Verwaltungspraxis wesentlichen Unterschiede zwischen den einschlägigen Bestimmungen der Bundesabgabenordnung (in der Folge kurz: BAO) und jenen des Verwaltungsgerichtsverfahrensgesetzes (in der Folge kurz: VwGVG) betreffen im Einzelnen:

II. Die Beschwerdefrist:

Im Gegensatz zur allgemeinen Beschwerdefrist nach § 7 Abs. 4 VwGVG beträgt die Frist zur Erhebung einer Bescheidbeschwerde im Abgabeverfahren nach § 245 Abs. 1 BAO nicht vier Wochen, sondern **einen Monat** (zur Fristberechnung siehe § 108 BAO). Ebenfalls nur im Abgabeverfahren besteht die Möglichkeit, die Beschwerdefrist auf entsprechenden Antrag zu erstrecken (§ 254 Abs. 3 BAO).

III. Die Wirkung der Bescheidbeschwerde:

Nach § 254 BAO hat die Einbringung einer Bescheidbeschwerde im Abgabeverfahren **keine aufschiebende**

Wirkung. Durch die Einbringung einer Beschwerde gegen einen Abgabenbescheid wird daher weder die Einhebung, noch die zwangsweise Einbringung einer Abgabe verhindert. Dies entspricht im Wesentlichen der bisher für Berufungen im Abgabeverfahren geltenden Rechtslage. Im Gegensatz dazu sieht § 13 Abs. 1 und 2 VwGVG vor, dass die Erhebung einer fristgerechten und zulässigen Bescheidbeschwerde grundsätzlich aufschiebende Wirkung hat.

Zu beachten sind jedoch die Regelungen zur Aussetzung der Einhebung nach § 212a BAO (in Verbindung mit der – für Landes- und Gemeindeabgaben geltenden – Sonderbestimmung des § 212b leg. cit.), die sich im Rahmen der Einführung der Verwaltungsgerichte im Vergleich zur alten Rechtslage im Wesentlichen nicht verändert haben.

IV. Die Beschwerdevoentscheidung:

Nach § 262 Abs. 1 BAO hat die Abgabenbehörde, die den mit Bescheidbeschwerde angefochtenen Bescheid erlassen hat, **grundsätzlich mittels Beschwerdevoentscheidung** über die Bescheidbeschwerde zu entscheiden. Eine Beschwerdevoentscheidung hat lediglich in den im § 262 Abs. 2 und 3 BAO genannten Fällen unterbleiben. Konkret hat die Abgabenbehörde demnach nur dann keine Beschwerdevoentscheidung zu erlassen, wenn die Nichterlassung in der Bescheidbeschwerde (ausdrücklich) beantragt wird und wenn die Abgabenbehörde die Bescheidbeschwerde innerhalb von drei Monaten ab ihrem Einlangen dem Verwaltungsgericht vorlegt. Wird in der Bescheidbeschwerde lediglich die Gesetzwidrigkeit von Verordnungen, die Verfassungswidrigkeit von Gesetzen oder die Rechtswidrigkeit von Staatsverträgen behauptet, so ist ebenfalls keine Beschwerdevoentscheidung zu erlassen (zu alledem im Detail: Fischerlehner, Das neue Abgabeverfahren [2013] 289 ff).

Im Gegensatz dazu steht es der bescheiderlassenden Behörde im Anwendungsbereich des VwGVG frei, ob sie eine Beschwerdevoentscheidung erlässt oder nicht (§ 14 VwGVG).

Anmerkung: Die im vorliegenden Beitrag verwendeten Zitate beziehen sich auf die jeweils angeführten gesetzlichen Bestimmungen in der ab 1. Jänner 2014 geltenden Fassung.

49.

Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverbände – Zusammenschluss zu einem gemeinsamen Verband

Das Personenstandsgesetz 2013 – PStG 2013, BGBl. I Nr. 16/2012, sieht im § 5 Abs. 5 die Möglichkeit vor, dass ein Standesamtsverband und ein Staatsbürgerschaftsverband nach § 47 Abs. 1 und 3 Staatsbürgerschaftsgesetz – StbG im Rahmen eines zusammengeschlossenen Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverbandes geführt werden können. Dieser führt die Bezeichnung Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverband unter Hinweis auf seinen Sitz.

In den Erläuterungen zu § 5 wird ausgeführt, dass § 5 Abs. 5 nicht nur der Verwaltungsvereinfachung, sondern auch der Kostenersparnis dient, da eine parallele Führung der Verbände mit einem entsprechenden administrativ-organisatorischen Aufwand verbunden ist.

Korrespondierend dazu wurde im § 47 Abs. 4 Staatsbürgerschaftsgesetz normiert, dass ein Staatsbürgerschaftsverband im Rahmen eines Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverbandes gemäß § 5 Abs. 5 PStG 2013 geführt werden kann.

Seitens des Landes ist im Sinn einer vereinfachten und einheitlichen Vollziehung der Zusammenschluss der bisher rechtlich eigenständigen Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverbände und die künftige Führung derselben in Form von zusammengeschlossenen Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverbänden beabsichtigt. Dies macht auch eine Änderung der Satzung für diese Verbände erforderlich. Außerdem entspricht diese Regelung ohnehin der langjährigen Vollzugspraxis in den meisten Verbänden, welche erst anlässlich einer Querschnittsprüfung des Bundesrechnungshofes im Jahr 2009 kritisiert wurde.

In diesem Zusammenhang wurden folgende Verordnungen erlassen, welche mit **1. Jänner 2014** in Kraft treten:

Verordnung des Landeshauptmannes vom 20. November 2013 über die Bildung von Standesamtsverbänden und die Führung derselben als zusammengeschlossene Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverbände, LGBl. Nr. 135/2013;

Verordnung der Landesregierung vom 26. November 2013 über die Führung von Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverbänden als zusammengeschlossene Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverbände, LGBl. Nr. 136/2013;

Verordnung der Landesregierung vom 26. November 2013 mit der die Verordnung über eine Satzung für die Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverbände geändert wird, LGBl. Nr. 153/2013.

Mit dem Zusammenschluss der Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverbände entfällt insbesondere die Verpflichtung

zur Einrichtung einer eigenen Organstruktur einerseits für den Standesamts- und andererseits für den Staatsbürgerschaftsverband. Es gibt künftig somit nur mehr einen Verbandsobmann, eine Verbandsversammlung und allenfalls einen Verbandsausschuss. Gleiches gilt für die Voranschläge und Rechnungsabschlüsse.

Der – zu einem Verband zusammengeschlossene – Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverband besorgt sowohl die Aufgaben nach dem Personenstands- wie auch nach dem Staatsbürgerschaftsgesetz. Die behördlichen Aufgaben sind vom Verbandsobmann wahrzunehmen. Die Fertigung erfolgt durch den Verbandsobmann (Fertigungsklausel: „*Der Verbandsobmann*“ oder „*Der Verbandsobmann des Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverbandes*“).

Für die mit 1. Jänner 2014 zu einem Verband zusammengeschlossenen Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverbände bedeutet dies nach dem vorliegenden Entwurf der *Verordnung der Landesregierung über die Änderung der Satzung für die Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverbände* weiters:

1) Die Organe der bisherigen Standesamtsverbände gelten mit 1. Jänner 2014 bis zur nächsten gesetzlich vorgesehenen Neueinrichtung (das sind die nächsten allgemeinen Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen) als neue Verbandsorgane (Abs. 1), wohingegen die Organe der bisherigen Staatsbürgerschaftsverbände aus dem Amt scheidet (Abs. 2).

2) Das unter Punkt 1 Ausgeführte gilt auch für den **Überprüfungsausschuss** (Abs. 3).

3) Ab 1. Jänner 2014 ist nur mehr ein einheitlicher Voranschlag bzw. Rechnungsabschluss erforderlich (wie es in Tirol bei den meisten Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverbänden ohnehin geübte Praxis ist).

Als Übergangsbestimmung ist vorgesehen,

Art. II Abs. 5: Der **Voranschlag** des bisherigen Standesamtsverbandes und des bisherigen Staatsbürgerschaftsverbandes für das Jahr **2014** gelten als Voranschlag des zusammengeschlossenen Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverbandes für das Jahr 2014.

Art. II Abs. 4: Im Jahr 2014 kommt der Verbandsversammlung die Aufgabe der Genehmigung der **Rechnungsabschlüsse** des bisherigen Standesamtsverbandes und des bisherigen Staatsbürgerschaftsverbandes für das Jahr **2013** zu.

II. Voranschläge und Rechnungsabschlüsse:

Weiters wird in Erinnerung gerufen, dass aufgrund des Prüfberichtes des Rechnungshofes nach den haushaltsrechtlichen Vorschriften „... **ein eigener, von der Sitzgemeinde getrennter Haushalt zu führen und jährlich ein Voranschlag und Rechnungsabschluss zu erstellen**“ ist.

Die Voranschläge und der Rechnungsabschluss müssen den Richtlinien der VRV (Richtlinien über die Form und Gliederung der Voranschläge und Rechnungsabschlüsse der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände) und den Bestimmungen der TGO entsprechen.

Nach den §§ 98 Abs. 5 und 108 Abs. 5 TGO sind die **Voranschläge und Rechnungsabschlüsse** der Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverbände der **Bezirkshauptmannschaft** zu übermitteln.

Des weiteren fallen die Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverbände auch unter die Datenlieferverpflichtung der **Bundes-Gebarungsstatistikverordnung**. Daher werden alle Tiroler Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverbände im Frühjahr 2014 von der Statistik Austria auf schriftlichem Weg aufgefordert werden, aus ihrem elektronischem Rechnungswesen eine Exportdatei (Gemeindeverbandsdatenträger GVB) zu erzeugen und sowohl an die Statistik Austria als auch an die Aufsichtsbehörde im Weg der Gemeindeapplikation im Portal Tirol zu liefern.

Nach der Empfehlung des Rechnungshofes müssen zum einen die Gebarungsfälle außerhalb des Rechnungswesens der Gemeinde in einem eigenen Rechnungswesen eines Verbandes erfasst sowie zum anderen auch die Gebarungsfälle nach den beiden Verbandszwecken aufgespalten und in ge-

trennten Ansätzen geführt werden.

Die Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung VRV sieht hierfür folgende Ansätze vor:

Die in diesen Ansätzen zu verwendenden Konten (Voranschlagsstellen) können dem offiziellen Kontenrahmen in der Gemeindeanwendung (Portal Tirol) entnommen werden.

III. Aufteilung des Aufwandes nach den Einwohnerzahlen nach § 9 Abs. 9 FAG 2008:

Weiters wird aus gegebenem Anlass nochmals auf die Verordnung der Landesregierung vom 12. Juli 2010, LGBl. Nr. 38/2010, mit welcher die Satzung der Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverbände geändert wurde hingewiesen. Während in der ursprünglichen Satzung die Aufteilung des durch Einnahmen nicht gedeckten Aufwandes auf die Einwohnerzahlen nach dem Ergebnis der letzten Volkszählung abgestellt wurde, lautet § 9 der der geänderten Satzung wie folgt:

„Die Einwohnerzahl richtet sich nach dem von der Bundesanstalt Statistik Österreich in der Statistik des Bevölkerungsstandes festgestellten Ergebnis zum Stichtag 31. Oktober, das auf der Internet-Homepage der Bundesanstalt Statistik Österreich bis zum November des dem Stichtag nächstfolgenden Kalenderjahres kundzumachen ist, und wirkt mit dem Beginn des dem Stichtag folgenden übernächsten Kalenderjahres. Der Verbandsobmann hat den Gemeinden bis spätestens 30. Oktober die im folgenden Jahr zu entrichtenden Vorauszahlungen sowie nach dem Vorliegen des Rechnungsabschlusses unverzüglich den für dieses Jahr zu leistenden Beitrag schriftlich mitzuteilen.“

Damit wurde auf die auch für die Abrechnung der Abgabenertragsanteile der Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben heranzuziehenden Einwohnerzahlen umgestellt.

50.

Bezüge der BürgermeisterInnen, BürgermeisterInnen-StellvertreterInnen und GemeinderätInnen ab 1. Jänner 2014

Die Bezüge der Gemeindefachleute werden mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 2014 erhöht.

Nach § 2 des Tiroler Gemeinde-Bezügegesetzes 1998, LGBl. Nr. 25/1998, in der Fassung LGBl. Nr. 61/2012, richtet sich die Anpassung des Ausgangsbetrages nach § 3 des Bundesverfassungsgesetzes über die Begrenzung von Bezügen öffentlicher Funktionäre (BezBegrBVG), BGBl. I Nr. 64/1997, zuletzt geändert durch das Bundesverfassungsgesetz BGBl. I Nr. 141/2013.

Der Präsident des Rechnungshofes hat gemäß § 3 Abs. 1 des BezBegrBVG in dem am 5. Dezember 2013 erschienenen „Amtsblatt zur Wiener Zeitung“ unter Rechnungshof Zl: 462.504/0187-VII/B/8/2013, den Anpassungsfaktor mit 1,024 ermittelt und kundgemacht.

Durch diese Erhöhung ergibt sich für den Geltungsbereich des Tiroler Gemeinde-Bezügegesetzes 1998 ein um den Anpassungsfaktor erhöhter Ausgangsbetrag für 2014 von 9.015,90 EUR.

Bezüge der BürgermeisterInnen, die neben dieser Funktion kein Mandat im Landtag, Nationalrat oder Bundesrat ausüben:

Tabelle 1 (neu)

Einwohner	Bezug in %	Bezug lt. § 3 Abs. 2 Tiroler Gemeindebezügegesetz in EUR	Bezug lt. § 18 Tiroler Gemeindebezügegesetz in EUR
bis 500 EW	23,76%	2.142,20	1.947,45
501 bis 1.000 EW	30,36%	2.737,20	2.488,36
1.001 bis 2.000 EW	39,60%	3.570,30	3.245,73
2.001 bis 5.000 EW	45,98%	4.145,50	3.768,64
5.001 bis 8.000 EW	53,24%	4.800,10	4.363,73
8.001 bis 10.000 EW	59,29%	5.345,50	4.859,55
über 10.000 EW	65,34%	5.891,00	5.355,45
bzw. § 3 (2) letzter Satz	82,50%	7.438,10	6.761,91

Tabelle 1.1 (neu)

Variante 1: Bgm., die im pv-freien DV stehen, OHNE Pensionskasse			
Einwohner	Bezug in %	Bezug in EUR	
bis 500 EW	23,76%	2.142,20	
501 bis 1.000 EW	30,36%	2.737,20	
1.001 bis 2.000 EW	39,60%	3.570,30	
2.001 bis 5.000 EW	45,98%	4.145,50	
5.001 bis 8.000 EW	53,24%	4.800,10	
8.001 bis 10.000 EW	59,29%	5.345,50	
über 10.000 EW	65,34%	5.891,00	
bzw. § 3 (2) letzter Satz	82,50%	7.438,10	

Tabelle 1.2 (neu)

Variante 2: Bgm., die im pv-freien DV stehen, MIT Pensionskasse (§ 18) (Bezugskürzung 10/11)				
Einwohner	Bezug in %	BMGL in EUR	Pensionskasse in EUR	Bezug in EUR
bis 500 EW	23,76%	2.142,20	194,75	1.947,45
501 bis 1.000 EW	30,36%	2.737,20	248,84	2.488,36
1.001 bis 2.000 EW	39,60%	3.570,30	324,57	3.245,73
2.001 bis 5.000 EW	45,98%	4.145,50	376,86	3.768,64
5.001 bis 8.000 EW	53,24%	4.800,10	436,37	4.363,73
8.001 bis 10.000 EW	59,29%	5.345,50	485,95	4.859,55
über 10.000 EW	65,34%	5.891,00	535,55	5.355,45
bzw. § 3 (2) letzter Satz	82,50%	7.438,10	676,19	6.761,91

Tabelle 1.3 (neu)

Variante 3: Bgm. die NICHT im pv-freien DV stehen, OHNE Pensionskasse, MIT Pensionsversicherungsbeitrag (§ 15)					
Einwohner	Bezug in %	Bezug in EUR	PVers.btg. in EUR	Bezug - PVers.btg. in EUR	Gemeindebeitrag in EUR
bis 500 EW	23,76%	2.142,20	251,71	1.890,49	236,71
501 bis 1.000 EW	30,36%	2.737,20	321,62	2.415,58	302,46
1.001 bis 2.000 EW	39,60%	3.570,30	419,51	3.150,79	394,52
2.001 bis 5.000 EW	45,98%	4.145,50	487,10	3.658,40	458,08
5.001 bis 8.000 EW	53,24%	4.800,10	532,28	4.267,82	500,57
8.001 bis 10.000 EW	59,29%	5.345,50	532,28	4.813,22	500,57
über 10.000 EW	65,34%	5.891,00	532,28	5.358,72	500,57
bzw. § 3 (2) letzter Satz	82,50%	7.438,10	532,28	6.905,82	500,57

Tabelle 1.4 (neu)

Variante 4: Bgm., die NICHT im pv-freien DV stehen, MIT Pensionskasse (§ 18) und Pensionsversicherungsbeitrag (§ 15) (Bezugskürzung 10/11)								
Einwohner		Bezug in %	BMGL	Pensionskasse in EUR	Bezug in EUR	PVers.btg. in EUR	Bezug - PVers.btg. in EUR	Gemeindebeitrag in EUR
bis	500 EW	23,76%	2.142,20	194,75	1.947,45	228,83	1.718,62	215,19
501 bis	1.000 EW	30,36%	2.737,20	248,84	2.488,36	292,39	2.195,97	274,96
1.001 bis	2.000 EW	39,60%	3.570,30	324,57	3.245,73	381,37	2.864,36	358,65
2.001 bis	5.000 EW	45,98%	4.145,50	376,86	3.768,64	442,81	3.325,83	416,43
5.001 bis	8.000 EW	53,24%	4.800,10	436,37	4.363,73	512,73	3.851,00	482,19
8.001 bis	10.000 EW	59,29%	5.345,50	485,95	4.859,55	532,28	4.327,27	500,57
über	10.000 EW	65,34%	5.891,00	535,55	5.355,45	532,28	4.823,17	500,57
bzw. § 3 (2) letzter Satz		82,50%	7.438,10	676,19	6.761,91	532,28	6.229,63	500,57

**Bezüge der BürgermeisterInnen, die am 14. März 1998
eine zwölfjährige Amtszeit aufwiesen (§ 23a des Gemeinde-Bezügegesetzes)
und kein Mandat im Landtag, Nationalrat oder Bundesrat ausüben:**

Tabelle 3 (neu)

Bezug für BürgermeisterInnen gem. § 3 Abs. 3 des Tiroler Gemeindebezügegesetzes, die schon 1998 zwölf Jahre im Amt waren (§ 23 Gemeindebezügegesetz)								
Einwohner		Bezug lt. Tiroler Gemeinde- bezügegesetz 1998		fiktiver Bezug lt. Gemeinde- Bezügeges. (=BMGL.) in EUR		Pensionsbeitrag 12,55 % d. BMGL. in EUR	Bezug - Pensionsbeitrag in EUR	Gemeindeleistung nach § 17 Gemeinde- bezügegesetz in EUR
		Bezug in %	Bezug in EUR	in %	A/VII/7			
bis	500 EW	23,76%	2.142,20	30,00%	1.332,00	167,17	1.975,03	167,17
501 bis	1.000 EW	30,36%	2.737,20	40,00%	1.776,00	222,89	2.514,31	222,89
1.001 bis	2.000 EW	39,60%	3.570,30	55,00%	2.442,10	306,48	3.263,82	306,48
2.001 bis	5.000 EW	45,98%	4.145,50	70,00%	3.108,10	390,07	3.755,43	390,07
5.001 bis	8.000 EW	53,24%	4.800,10	80,00%	3.552,10	445,79	4.354,31	445,79
8.001 bis	10.000 EW	59,29%	5.345,50	90,00%	3.996,10	501,51	4.843,99	501,51
über	10.000 EW	65,34%	5.891,00	100,00%	4.440,10	557,23	5.333,77	557,23

**Bezüge der BürgermeisterInnen, die neben dieser Funktion
ein Mandat im Landtag, Nationalrat oder Bundesrat ausüben:**

Tabelle 1

Einwohner	Bezug in %	Bezug lt. § 3 Abs. 3 Tiroler Gemeinde- bezügegesetz in EUR	Bezug lt. § 18 Tiroler Gemeinde- bezügegesetz in EUR
bis 500 EW	19,80%	1.785,10	1.622,82
501 bis 1.000 EW	25,30%	2.281,00	2.073,64
1.001 bis 2.000 EW	33,00%	2.975,20	2.704,73
2.001 bis 5.000 EW	41,80%	3.768,60	3.426,00
5.001 bis 8.000 EW	48,40%	4.363,70	3.967,00
8.001 bis 10.000 EW	53,90%	4.859,60	4.417,82
über 10.000 EW	59,40%	5.355,40	4.868,55
bzw. § 3 (3) letzter Satz	75,00%	6.761,90	6.147,18

Tabelle 1.1

Variante 1: Bgm., die im pv-freien DV stehen, OHNE Pensionskasse			
Einwohner		Bezug in %	Bezug in EUR
bis	500 EW	19,80%	1.785,10
501 bis	1.000 EW	25,30%	2.281,00
1.001 bis	2.000 EW	33,00%	2.975,20
2.001 bis	5.000 EW	41,80%	3.768,60
5.001 bis	8.000 EW	48,40%	4.363,70
8.001 bis	10.000 EW	53,90%	4.859,60
über	10.000 EW	59,40%	5.355,40
bzw. § 3 (3) letzter Satz		75,00%	6.761,90

Tabelle 1.2

Variante 2: Bgm., die im pv-freien DV stehen, MIT Pensionskasse (§ 18) (Bezugskürzung 10/11)					
Einwohner		Bezug in %	BMGL in EUR	Pensionskasse in EUR	Bezug in EUR
bis	500 EW	19,80%	1.785,10	162,28	1.622,82
501 bis	1.000 EW	25,30%	2.281,00	207,36	2.073,64
1.001 bis	2.000 EW	33,00%	2.975,20	270,47	2.704,73
2.001 bis	5.000 EW	41,80%	3.768,60	342,60	3.426,00
5.001 bis	8.000 EW	48,40%	4.363,70	396,70	3.967,00
8.001 bis	10.000 EW	53,90%	4.859,60	441,78	4.417,82
über	10.000 EW	59,40%	5.355,40	486,85	4.868,55
bzw. § 3 (3) letzter Satz		75,00%	6.761,90	614,72	6.147,18

Tabelle 1.3

Variante 3: Bgm. die NICHT im pv-freien DV stehen, OHNE Pensionskasse, MIT Pensionsversicherungsbeitrag (§ 15)						
Einwohner		Bezug	Bezug	PVers.btg.	Bezug - PVers.btg.	Gemeindebeitrag
		in %	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
bis	500 EW	19,80%	1.785,10	209,75	1.575,35	197,25
501 bis	1.000 EW	25,30%	2.281,00	268,02	2.012,98	252,05
1.001 bis	2.000 EW	33,00%	2.975,20	349,59	2.625,61	328,76
2.001 bis	5.000 EW	41,80%	3.768,60	442,81	3.325,79	416,43
5.001 bis	8.000 EW	48,40%	4.363,70	512,73	3.850,97	482,19
8.001 bis	10.000 EW	53,90%	4.859,60	532,28	4.327,32	500,57
über	10.000 EW	59,40%	5.355,40	532,28	4.823,12	500,57
bzw. § 3 (3) letzter Satz		75,00%	6.761,90	532,28	6.229,62	500,57

Tabelle 1.4

Variante 4: Bgm., die NICHT im pv-freien DV stehen, MIT Pensionskasse (§ 18) und Pensionsversicherungsbeitrag (§ 15)								
(Bezugskürzung 10/11)								
Einwohner		Bezug	BMGL	Pensionskasse	Bezug	PVers.btg.	Bezug - PVers.btg.	Gemeindebeitrag
		in %	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
bis	500 EW	19,80%	1.785,10	162,28	1.622,82	190,68	1.432,14	179,32
501 bis	1.000 EW	25,30%	2.281,00	207,36	2.073,64	243,65	1.829,99	229,14
1.001 bis	2.000 EW	33,00%	2.975,20	270,47	2.704,73	317,80	2.386,93	298,87
2.001 bis	5.000 EW	41,80%	3.768,60	342,60	3.426,00	402,56	3.023,44	378,57
5.001 bis	8.000 EW	48,40%	4.363,70	396,70	3.967,00	466,12	3.500,88	438,35
8.001 bis	10.000 EW	53,90%	4.859,60	441,78	4.417,82	519,09	3.898,73	488,17
über	10.000 EW	59,40%	5.355,40	486,85	4.868,55	532,28	4.336,27	500,57
bzw. § 3 (3) letzter Satz		75,00%	6.761,90	614,72	6.147,18	532,28	5.614,90	500,57

**Bezüge der BürgermeisterInnen, die am 14. März 1998
eine zwölfjährige Amtszeit aufwiesen (§ 23a des Gemeinde-Bezügegesetzes)
und ein Mandat im Landtag, Nationalrat oder Bundesrat ausüben:**

Tabelle 3

Bezug für BürgermeisterInnen gem. § 3 Abs. 3 des Tiroler Gemeindebezügegesetzes, die schon 1998 zwölf Jahre im Amt waren (§ 23 Gemeindebezügegesetz)								
Einwohner		Bezug lt. Tiroler Gemeindebezügegesetz 1998		fiktiver Bezug lt. Gemeindebezügeges. (=BMGL.) in EUR		Pensionsbeitrag* 12,55 % d. BMGL. in EUR	Bezug - Pensionsbeitrag in EUR	Gemeindeleistung nach § 17 Gemeindebezügegesetz in EUR
		Bezug in %	Bezug in EUR	in %	A/VII/7			
bis	500 EW	19,80%	1.785,10	30,00%	1.332,00	167,17	1.617,93	167,17
501 bis	1.000 EW	25,30%	2.281,00	40,00%	1.776,00	222,89	2.058,11	222,89
1.001 bis	2.000 EW	33,00%	2.975,20	55,00%	2.442,10	306,48	2.668,72	306,48
2.001 bis	5.000 EW	41,80%	3.768,60	70,00%	3.108,10	390,07	3.378,53	390,07
5.001 bis	8.000 EW	48,40%	4.363,70	80,00%	3.552,10	445,79	3.917,91	445,79
8.001 bis	10.000 EW	53,90%	4.859,60	90,00%	3.996,10	501,51	4.358,09	501,51
über	10.000 EW	59,40%	5.355,40	100,00%	4.440,10	557,23	4.798,17	557,23

Die Bezüge der Bürgermeister-StellvertreterInnen und der Gemeinderatsmitglieder, denen bestimmte Aufgaben, die eine erhöhte Verantwortung und einen erheblichen Zeit- und Arbeitsaufwand erfordern, zur Besorgung übertragen wurden, betragen ab 1. Jänner 2014:

Tabelle 2

Einwohner	BürgermeisterInnen-StellvertreterInnen				GemeinderätInnen		
			mit besonderen Aufgaben		mit besonderen Aufgaben		
	Bezug		bis höchstens		bis höchstens		
	Bezug in %	Bezug in EUR	Bezug in %	Bezug in EUR	Bezug in %	Bezug in EUR	
bis	500 EW	3,60%	324,60	9,00%	811,40	5,40%	486,90
501 bis	1.000 EW	4,60%	414,70	11,50%	1.036,80	6,90%	622,10
1.001 bis	2.000 EW	6,00%	541,00	15,00%	1.352,40	9,00%	811,40
2.001 bis	5.000 EW	7,60%	685,20	19,00%	1.713,00	11,40%	1.027,80
5.001 bis	8.000 EW	8,80%	793,40	22,00%	1.983,50	13,20%	1.190,10
8.001 bis	10.000 EW	9,80%	883,60	24,50%	2.208,90	14,70%	1.325,30
über	10.000 EW	10,80%	973,70	27,00%	2.434,30	16,20%	1.460,60

In den Tabellen 3 (neu) und 3 dienen jeweils die Bezugsansätze eines Gemeindebeamten der Verwendungsgruppe A, Dienstklasse VII, Gehaltsstufe 1 als Bemessungsgrundlage für die Ermittlung des Pensionsbeitrages und der Gemeindeleistung. Nachdem die Gehaltsverhandlungen der Gemeindebediensteten für 2014 noch nicht abgeschlossen sind, wurden in diesen Tabellen die für Dezember 2013 geltenden Bezugsansätze herangezogen und ausgewiesen. Im Fall einer Anhebung der Bezugsansätze sind die in diesen Tabellen enthaltenen Bezugsansätze entsprechend nachzujustieren und der Pensionsbeitrag als auch die Gemeindeleistung neu zu errechnen.

Abschließend wird auf § 4 des eingangs zitierten BezBegrBVG (Höchstzahl der Bezüge und Ruhebezüge) hingewiesen, wonach Personen mit Anspruch auf Bezug oder Ruhebezug nach den bezügerechtlichen Regelungen des Bundes oder der Länder insgesamt höchstens zwei Bezüge oder Ruhebezüge von Rechtsträgern beziehen dürfen, die – wie Gemeinden, Gemeindeverbände und kommunale Ausgliederungen in Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Gesellschaften mit beschränkter Haftung & Co KG oder Kommanditgesellschaften und dergleichen – der Kontrolle des Rechnungshofes unterliegen. Abweichend dürfen nur Funk-

tionäre von Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern einen weiteren Bezug monatlich bis zur Höhe von 4% des Ausgangsbetrages, das sind 360,64 € beziehen. Bestehen Ansprüche auf mehr als zwei solcher Bezüge oder Ruhebezüge, sind alle bis auf die zwei höchsten Bezüge oder Ruhebezüge stillzulegen (siehe auch die diesbezüglichen Ausführungen im Merkblatt für die Gemeinden Tirols, September 1999, Nr. 58 und 59).

Hinsichtlich der aus der Novelle zum Tiroler Gemeinde-Bezügegesetz 1998, LGBl. Nr. 61/2012, resultierenden Änderungen (die Möglichkeit der Bezugsfortzahlung für Bürgermeister bei Beendigung der Funktionsausübung unter ganz bestimmten Voraussetzungen, die monatliche Überweisung des Anrechnungsbetrages an den zuständigen Pensionsversicherungsträger, und die Möglichkeit des Anspruchsberechtigten auf Geldleistungen nach dem Tiroler Gemeinde-Bezügegesetz 1998 ganz oder teilweise verzichten zu können, wenn ihm durch die Annahme von Geldleistungen unter Berücksichtigung seiner sonstigen Einkünfte und Ansprüche von Gesetzes wegen nachweislich ein finanzieller Nachteil erwachsen würde), wird auf die Ausführungen im Merkblatt für die Gemeinden Tirols, Ausgabe Mai 2012, Nr. 27, hingewiesen.

51.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Dezember 2013

Ertragsanteile an	Dezember		Änderung	
	2012	2013	in Euro	in %
EINKOMMEN- UND VERMÖGENSTEUERN:				
Veranlagter Einkommensteuer	1.982.454	2.246.531	264.077	13,32
Lohnsteuer	17.441.311	19.103.675	1.662.363	9,53
Kapitalertragsteuer	618.311	905.646	287.335	46,47
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	1.017.132	1.156.962	139.831	13,75
Körperschaftsteuer	9.011.712	9.296.771	285.059	3,16
Abgeltungssteuern Schweiz	0	164.370	164.370	0,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	17.273	4.213	-13.059	-75,61
Stiftungseingangssteuer	18.590	32.196	13.605	73,19
Bodenwertabgabe	-4.111	29.398	33.509	815,11
Stabilitätsabgabe	149.380	166.236	16.856	11,28
Su. Einkommen- und Vermögensteuern	30.252.053	33.105.999	2.853.945	9,43
SONSTIGE STEUERN:				
Umsatzsteuer *)	17.629.325	18.584.044	954.718	5,42
Abgabe von alkoholischen Getränken	129	19	-110	-85,30
Tabaksteuer	1.416.014	1.300.899	-115.115	-8,13
Biersteuer	172.540	257.069	84.529	48,99
Mineralölsteuer	3.625.948	4.769.709	1.143.761	31,54
Alkoholsteuer	95.070	111.635	16.564	17,42
Schaumweinsteuer	996	623	-373	-37,46
Kapitalverkehrsteuern	88.204	31.626	-56.578	-64,14
Werbeabgabe	205.436	127.292	-78.144	-38,04
Energieabgabe	740.780	594.421	-146.358	-19,76
Normverbrauchsabgabe	364.773	310.126	-54.647	-14,98
Flugabgabe	89.734	88.294	-1.441	-1,61
Gründerwerbsteuer	6.359.758	6.007.798	-351.960	-5,53
Versicherungssteuer	705.778	722.759	16.981	2,41
Motorbezogene Versicherungssteuer	1.307.744	1.315.798	8.053	0,62
KFZ-Steuer	-7.694	-18.316	-10.622	138,06
Konzessionsabgabe	276.778	198.308	-78.470	-28,35
rechnungsmäßig Ertragsanteile	33.071.315	34.402.103	1.330.788	4,02
abzüglich: Gemeindeanteil am Pflegegeld	879.083	879.083	0	0,00
Summe sonstige Steuern	32.192.231	33.523.020	1.330.788	4,13
Kunstförderungsbeitrag	42.241	41.321	-920	-2,18
Summe Ertragsanteile der Gemeinden	62.486.526	66.670.339	4.183.814	6,70
*) davon:				
Getränkesteuerausgleich	4.737.222	5.016.038	278.816	5,89
Werbesteuerenausgleich	33.011	20.446	-12.565	-38,06
Werbeabgabe nach der Volkszahl	172.425	106.846	-65.579	-38,03
Ausgleich Abschaffung Selbstträgerschaft	0	0	0	0,00

52.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis Dezember 2013

Ertragsanteile an	Jänner - Dezember		Änderung	
	2012	2013	in Euro	in %
EINKOMMEN- UND VERMÖGENSTEUERN:				
Veranlagter Einkommensteuer	34.303.217	38.366.831	4.063.614	11,85
Lohnsteuer	215.779.622	229.506.464	13.726.842	6,36
Kapitalertragsteuer	12.149.243	12.259.761	110.518	0,91
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	6.430.831	7.232.780	801.950	12,47
Körperschaftsteuer	50.696.336	55.594.348	4.898.012	9,66
Abgeltungssteuern Schweiz	0	6.630.515	6.630.515	100,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	227.197	122.826	-104.370	-45,94
Stiftungseingangssteuer	114.240	104.967	-9.272	-8,12
Bodenwertabgabe	627.013	677.823	50.810	8,10
Stabilitätsabgabe	5.075.457	4.363.695	-711.762	-14,02
Su. Einkommen- und Vermögensteuern	325.403.155	354.860.011	29.456.856	9,05
SONSTIGE STEUERN:				
Umsatzsteuer *)	226.938.476	232.754.412	5.815.936	2,56
Abgabe von alkoholischen Getränken	412	319	-93	-22,62
Tabaksteuer	14.185.341	15.833.694	1.648.353	11,62
Biersteuer	1.887.283	1.964.315	77.032	4,08
Mineralölsteuer	40.374.952	42.057.248	1.682.297	4,17
Alkoholsteuer	1.278.002	1.265.004	-12.997	-1,02
Schaumweinsteuer	11.704	10.525	-1.179	-10,07
Kapitalverkehrssteuern	840.147	612.053	-228.094	-27,15
Werbeabgabe	3.858.097	3.843.704	-14.393	-0,37
Energieabgabe	8.242.203	8.347.193	104.990	1,27
Normverbrauchsabgabe	4.979.066	4.426.537	-552.530	-11,10
Flugabgabe	1.020.499	971.543	-48.956	-4,80
Grunderwerbsteuer	89.146.761	82.006.816	-7.139.944	-8,01
Versicherungssteuer	10.203.393	10.167.373	-36.020	-0,35
Motorbezogene Versicherungssteuer	15.077.904	15.794.114	716.210	4,75
KFZ-Steuer	316.740	311.360	-5.380	-1,70
Konzessionsabgabe	2.555.041	2.413.325	-141.716	-5,55
rechnungsmäßig Ertragsanteile	420.916.019	422.779.535	1.863.515	0,44
abzüglich: Gemeindeanteil am Pflegegeld	10.549.000	10.549.000	0	0,00
Summe sonstige Steuern	410.367.019	412.230.535	1.863.515	0,45
Kunstförderungsbeitrag	168.302	166.750	-1.553	-0,92
Ertragsanteile der Gemeinden ohne Zwischenabrechnung	735.703.902	767.022.700	31.318.798	4,26
Zwischenabrechnung **)	7.345.569	6.143.123	-1.202.446	-16,37
Ertragsanteile gesamt	743.049.471	773.165.823	30.116.352	4,05
*) davon:				
Getränksteuer ausgleich	60.015.943	62.734.329	2.718.385	4,53
Getränksteuer ausgleich **)	451.976	634.876	182.900	40,47
Summe Getränksteuer ausgleich	60.467.919	63.369.205	2.901.285	4,80
Werbesteuer ausgleich	619.950	617.228	-2.722	-0,44
Werbeabgabe nach der Volkszahl	3.238.148	3.226.476	-11.672	-0,36
Ausgleich Abschaffung Selbstträgerschaft	3.010.016	3.010.016	0	0,00

VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR OKTOBER 2013

(vorläufiges Ergebnis)

	September 2013 (endgültig)	Oktober 2013 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2010		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	108,5	108,4
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	118,8	118,7
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	131,4	131,3
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	138,2	138,1
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	180,8	180,6
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	281,0	280,8
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	493,1	492,7
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	628,3	627,7
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	630,4	629,8

Der Index der Verbraucherpreise 2010 (Basis: Durchschnitt 2010 = 100) für den Kalendermonat Oktober 2013 beträgt 108,4 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für September 2013 um 0,1% rückläufig (September 2013 gegenüber August 2013: +0,7%). Gegenüber Oktober 2012 ergibt sich eine Steigerung um 1,4% (September 2013/2012: +1,7%).

**Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.**

MEDIENINHABER (VERLEGER):

**Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370
www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden**

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Christine Salcher

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck